

## **A N F R A G E N an den Bürgermeister**

### **1) Anfrage- und Antragsbeantwortung**

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: In der ersten Anfrage von mir geht es um die Unzulänglichkeit von den Anfrage- und Antragsbeantwortungen, und ich stelle daher an Sie, Herr Bürgermeister, die Anfrage: Werden Sie die Anfragen und Anträge in Zukunft in ordnungsgemäß verfassten Stellungnahmen beantworten, wie es dem demokratischen Sinn unserer Gesetze entspricht?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Doktor, ich möchte nur bemerken, dass es bei uns bei der Anfragebeantwortung immer nach demselben Schema abgeht: Wer eine Anfrage an mich stellt, wird diese von uns weitergeleitet an das zuständige Fachamt, an die Fachämter oder auch an die Beteiligungen und die Antworten, die wir danach bekommen, werden wiederum an Sie weitergegeben, und das habe ich auch in dem Fall so gemacht, den Sie geschildert haben. Es ist möglich, dass man mit dieser Anfragebeantwortung auch inhaltlich nicht immer einverstanden ist, aber im Sinne von der Vorgangsweise hat sich da nichts daran geändert, es ist viel mehr Arbeit geworden, weil wir auch heute wieder sehr, sehr viele haben, aber wie gesagt, ich kann Ihnen auch nur die Fachmeinung der Ämter zu diesen Bereichen rückmelden und das tue ich und werde ich auch weiterhin tun.

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Ich habe den Motivenbericht nicht vorgelesen, betreffend von einer Anfrage habe ich eigentlich keine Antwort von Ihnen bekommen, sondern da habe ich eine Antwort von der GVB erhalten und zwar nur ein Mail und betreffend von der anderen Angelegenheit, habe ich nur ein Schreiben von Ihnen bekommen, wo Sie auf eine Stellungnahme verweisen im Anhang, das war aber nur das Gemeinderatsstück auf der einen Seite und auf der anderen Seite ein Mail von einem Herrn Geschäftsführer Eduard Schrempf, wo ich mir dann aussuchen habe

können, wie die Antwort in etwa ausschauen könnte von Ihnen. Ich bin mir dessen vollständig bewusst, dass die Ämter natürlich auch überlastet sind, mit diesem Konvolut von Anfragen und Anträgen, die es jetzt hier momentan auch gibt, nur ich denke mir, eine kurze Zusammenfassung, dass man sich vorstellen kann, um was es geht in der Antwort, das wäre schon wünschenswert (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich betone das noch einmal, also mich wundert, wenn Sie sagen, Sie hätten eine Antwort nur direkt von der Marketingabteilung der Verkehrsbetriebe bekommen, dem werde ich auch nachgehen. Auf der anderen Seite ist die Vorgangsweise, wenn eine Frage betreffend City of Design kommt und der Geschäftsführer Eberhard Schrempf sie beantwortet, das ist die Gepflogenheit und die werden wir auch weiter tun; wenn die nicht befriedigend ist, können wir ihn ja auch noch einmal fragen. Aber im Prinzip geht es um fachliche Auskünfte und die holen wir ein, das hat mein Vorgänger so gemacht, ich mache es auch so und werde darauf achten, dass da möglichst bessere Antworten auch noch kommen. Ich kann aber auch nicht immer garantieren, dass die Antwort so zufriedenstellend ist, wie Sie es sich wünschen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Ich habe am 24. September 2009 eine mündliche Anfrage an Sie betreffend „City of Design“ und „Smart Business City“ gerichtet. In dem Antwortschreiben an mich verweisen Sie auf Stellungnahmen, welche angefügt seien. Diese angefügten Beilagen beinhalteten ein Mail von einem Geschäftsführer Eduard Schrempf und dem Finanzstück, welches im Gemeinderat beschlossen worden ist. Ihr Antwortschreiben umfasst keinen Inhalt. Aus den Beilagen konnte ich mir aussuchen und versuchen zu entnehmen, was der Inhalt Ihrer Anfragebeantwortung sein könnte.

Ebenfalls habe ich in der Gemeinderatssitzung im September eine mündliche Anfrage an Sie gerichtet betreffend „Chaos bei der Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Sanierungsarbeiten an den Schienen im Sommer“.

Diesbezüglich erhielt ich als Antwort nur ein Mail der Marketing-Abteilung der Verkehrsbetriebe.

Ich bin mir sehr wohl bewusst, Herr Bürgermeister, dass sie eine Flut von Anfragen und Anträgen im Gemeinderat zu bewältigen haben und dass die MitarbeiterInnen des Magistrates sicherlich gefordert sind. Es ist aber Teil der demokratischen Strukturen, das gewählte Volksvertreter Anfragen und Anträge im Sinne der BürgerInnen stellen, welche dann auch beantwortet werden müssen.

Ich stelle daher an Sie, Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

werden Sie die Anfragen und Anträge in Zukunft in ordnungsgemäß verfassten Stellungnahmen beantworten, wie es dem demokratischen Sinn unserer Gesetze entspricht?

## **2) Schuldnerberatung/Refundierung der Kommunalsteuer**

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Es geht hier um die Schuldnerberatung. Wir alle wissen, dass die Schuldnerberatung ja immer wichtiger wird in Anbetracht auch von der Wirtschaftskrise und dass immer mehr Menschen in die Schulden verfallen. Es ist nunmehr so, dass in anderen Städten der Steiermark die Schuldnerberatung keine Kommunalsteuer zahlt, man ist sich dort dessen sehr wohl bewusst, der Wichtigkeit auch und dass es sich um eine gemeinnützige Organisation handelt. Nur in Graz

eben nicht. Dementsprechend stelle ich an Sie Herr Bürgermeister die Anfrage, ob Sie bereit sind zu veranlassen, dass der Schuldnerberatung in Zukunft zumindest die Kommunalsteuer erlassen wird. Das vielleicht unter Anbetracht dessen, dass es von Seiten der Stadt Graz keine Förderung für die Schuldnerberatung gibt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die möchte ich sofort beantworten. Ich werde unter Garantie keine Steuern erlassen, darauf haben wir uns immer verständigt. Ich möchte auch nicht im Finanzausgleich sitzen, wiederum ersuchen, dass die Kommunen stärkere Unterstützung bekommen, weil die erste Gegenfrage jedes Finanzministers wäre, wieso hebt ihr nicht einmal eure Steuern ein, die euch zustehen? Von uns kriegt ihr nichts. Mich wundert, wenn andere Bürgermeister einen solchen Weg wählen, wir versuchen zu fördern und zu unterstützen, aber die Steuerlast, die jeder zu tragen hat, muss er auch tragen und da können wir nicht befreien. Wir können uns anschauen, wie man der Schuldnerberatung in Summe helfen, aber bitte nicht über den Weg einer Steuererlassung in dem Fall und ich darf Ihnen auch noch mitteilen zur vorhergehenden Anfrage, weil Herr Polz mich informiert hat, es waren überfleißige Kräfte bei den Verkehrsbetrieben, die Ihnen nämlich die Anfragebeantwortung, die Sie mir schicken, gleich unmittelbar auch selbst geschickt haben. Der Herr Polz hat das auch bekommen und Sie kriegen meine Antwort erst, aber die haben Ihnen das direkt geschickt, was ich nicht wusste.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich habe als Finanzstadtrat natürlich auch öfter solche Ansuchen gehabt, dass Steuern erlassen werden. Ich teile da meine Meinung, ich bin aber nicht der Meinung, dass eine Sondersubvention in der Höhe etwa der Kommunalsteuer ein Einzelfall wäre. Wir wissen, dass es das auch in anderen Fällen in der Stadt gibt und gerade im Zusammenhang mit der Schuldnerberatung, die eine wesentliche Leistung auch im sozialen Bereich der Stadt Graz liefert, wäre das sehr sinnvoll. Weil ich gerade das Wort Sozialstadträtin höre, wäre sehr nett, wenn sie das Geld dafür bekommt, dann kann sie es natürlich auch als Sonderleistung ausschütten. Es geht vor allem darum, diese Schuldnerberatung, so gut es geht,

lastenfremd zu stellen, das ist ganz klar. Völlig unbestritten in diesem Raum wird wohl sein, dass die Schuldnerberatung, die Beraterinnen und Berater für viele Grazerinnen und Grazer eine wichtige Anlaufstelle sind und die daher auch eine entsprechende Unterstützung verdienen würde (*Applaus SPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Nicht zuletzt im Zuge der Wirtschaftskrise, die natürlich auch steigende Arbeitslosenzahlen bzw. Kurzarbeit zur Folge hatte, geraten immer mehr Menschen in enorme finanzielle Schwierigkeiten. Was sich auch in einer sukzessive steigenden Anzahl von Anfragen von Hilfe suchenden Menschen bei der Schuldnerberatung zeigte: Allein im Vorjahr stieg die Zahl der Erstberatungen um mehr als 12 Prozent, insgesamt führen die steirischen Schuldnerberater in der Zentrale in Graz sowie in der Regionalstelle Kapfenberg mehr als 5500 Beratungsgespräche.

Wobei alle Experten davon ausgehen, dass sich in den kommenden Monaten und Jahren diese Situation noch weiter verschärfen wird: Denn die Arbeitslosigkeit wird trotz der langsam sich erholenden Konjunktur nicht geringer, im Gegenteil. Und die stetig steigenden Lebenshaltungskosten sowie das prognostizierte Ansteigen der Kreditzinsen werden noch mehr Menschen in die Schuldenfalle treiben. Was auch für die professionelle Schuldnerberatung ein Mehr an Arbeit bedeuten wird.

Die Professionalität der Schuldnerberatung Steiermark war – insbesondere nachdem die Stadt Graz, welche ursprünglich selbst Schuldnerberatung angeboten hatte und diese dann aufgelöst hatte – ein Anliegen des jetzigen Landtagspräsidenten Dr. Kurt Flecker. Durch seine Initiative entstanden aus den verschiedensten Schuldnerberatungen von „Rettet das Kind“ und „Caritas“ eine gemeinnützige Schuldnerberatung Steiermark, welche zielorientiert für die betroffenen BürgerInnen arbeiten konnte.

Zwar wird die Schuldnerberatung nunmehr vom Land Steiermark gefördert, von der Stadt Graz kommt aber keine finanzielle Unterstützung. Dies, obwohl insbesondere in Graz die Nachfrage nach Beratungen sehr hoch ist – kommen doch

überproportional viele Klienten der Schuldnerberatung aus dem städtischen Bereich. Immerhin lebt in Graz mehr als ein Fünftel der steirischen Bevölkerung. Christoph Lösch, Geschäftsführer der Schuldnerberatung Steiermark, hat dafür eine sehr logische Erklärung: "Der, der in Graz-Umgebung wohnt, der hat sein Eigenheim, und wenn sich da die Zahlung nicht ausgeht, dann zieht er nach Graz und wohnt dort in einer Mietwohnung, und wenn er in der Mietwohnung wohnt, kommt er zu uns. Das ist sicher ein Zusammenhang: Graz-Umgebung ist ganz schwach nachgefragt, Graz ist ganz stark nachgefragt."

Aber nicht nur, dass die Stadt Graz der Schuldnerberatung, obwohl von vielen Grazerinnen und Grazern in Anspruch genommen, keine Unterstützung gewährt: Überdies „verdient“ Graz sogar an der Schuldnerberatung, indem sie – im Gegensatz zu Kapfenberg, wo die Schuldnerberatung Steiermark ihren zweiten Standort hat – auch noch die Kommunalsteuer lukriert. Ist es schon insgesamt mehr als fragwürdig, inwieweit eine Kommune etwa bei sozialökonomischen Projekten, die der Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt dienen, Kommunalsteuer kassiert, so ist das in Zusammenhang mit der Schuldnerberatung mehr als grotesk: Die Stadt kassiert von einer anerkannten, professionellen und von der öffentlichen Hand getragenen Institution, die ihren Bürgerinnen und Bürgern kostenlos zu helfen versucht, einen Ausweg aus der Schuldenfalle zu finden. Und die damit der Stadt in weiterer Folge finanzielle Belastungen erspart.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind zu veranlassen, dass der Schuldnerberatung in Zukunft zumindest die Kommunalsteuer erlassen wird.

### **3) Wohnungsleerstehungen durch verzögerte Brauchbarmachungen in Folge Personalmangels**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich wollte mich nur versichern, dass der Antragstext zur Anwendung kommt. Ich wurde angesprochen hinsichtlich auf Leerstehungen von Wohnungen infolge von Verzögerung durch die Brauchbarmachung und hier wurde mir zur Auskunft gegeben, dass es an Personal mangelt. Deswegen will ich die Anfrage stellen: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ob Sie bereit sind, sich dafür einzusetzen, dass diese offenen Stellen im Bereich der Hausverwaltung und Technik raschest nachbesetzt werden, um die Brauchbarmachung und somit Wiederverfügbarkeit von Gemeindewohnungen zu beschleunigen.

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

In Graz werden die rund 10.500 Gemeindewohnungen jedenfalls als nicht ausreichend angesehen und die in dieser Gemeinderatsperiode geplanten weiteren rund 270 Gemeindewohnungen werden den hohen zusätzlichen Bedarf nicht decken können.

Umso verwunderter ist man, wenn man beispielsweise hört, dass Gemeindewohnungen über längere Zeit – rund ein Jahr - leer stehen. Die Gründe können natürlich auch darin liegen, dass MieterInnen die Wohnung nicht mehr bewohnen - dann wird die Kontrollstelle tätig; oder aber auch, dass in Folge einer Verlassenschaft die Wohnung nicht unmittelbar weitervermietet werden kann. Letztere Leerstehung liegt klarerweise nicht im Einflussbereich der Stadt.

Einfluss nehmen kann jedoch die Stadt bzw. die Wohnungsverwaltung darauf, wie schnell zurückgegebene Wohnungen wieder brauchbar gemacht werden. Es ist für eine Stadt wie Graz nicht tragbar, eine erneute Wohnungsvergabemöglichkeit unnötig durch zu wenig Personal zu verzögern. Derzeit ist damit zu rechnen, dass für rund 20 bis 30 Wohnungen die Brauchbarmachung und damit die Wiederverfügbarkeit zur Vermietung sich weiter verschieben werden. Daher ist es

dringend notwendig, den anerkannten Personalbedarf im Bereich der Hausverwaltung und Technik abzudecken.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, sich dafür einzusetzen, dass diese offenen Stellen im Bereich der Hausverwaltung und Technik raschest nachbesetzt werden, um die Brauchbarmachung und somit Wiederverfügbarkeit von Gemeindewohnungen zu beschleunigen.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Kosten der Freiwilligen Feuerwehr**

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Martiner**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Kosten der Freiwilligen Feuerwehr. Es gab ja vor kurzem in den Medien zu lesen, dass die Freiwillige Feuerwehr auf unsicheren Beinen auf der finanziellen Seite steht, 178.000 Euro würden benötigt, daher auch meine Anfrage im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, ob Sie bereit sind, uns mitzuteilen, wie hoch die Gesamtkosten, Investitionen, Mittel für den laufenden Betrieb sowie indirekte Kosten über die Inanspruchnahme von Leistungen beziehungsweise Infrastruktur etc. waren, die die Stadt Graz für die Freiwillige Feuerwehr im Jahr 2009 erbrachte und wie hoch diese Gesamtkosten 2010 sein werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, vielen Dank. Wir haben vor wenigen Tagen uns mit den Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr beziehungsweise auch mit den Vertretern der Feuerwehren zusammengesetzt, weil es uns einmal darum geht, für die nächsten Jahre einen Investitionsplan inklusive den dazugehörigen Folgekosten aufzustellen, und diese Arbeiten umfassen ja nicht nur den Fuhrpark inklusive den Bootsausstattungen, sondern gehen auch in den Bereich der Räumlichkeiten und in die Adaptierung der Räumlichkeiten über, wir werden, so denke ich, in wenigen Tagen fertig sein und da wird selbstverständlich eine genaue Auflistung kommen, weil mir das auch sehr wichtig war, einmal klarzumachen, wie groß sollen die Mannschaftsstärken sein, wie viele Räume benötigen wir, wie viel Züge quasi sollen wir haben und diese Aufstellungen werden demnächst fertig sein und ich werde sie dann gerne berichten.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit September 2008 besteht neben der Berufsfeuerwehr auch eine Freiwillige Feuerwehr in Graz. Nach Aussagen von Kommandant HBI Helmut Nestler gab es anfangs etwas Missstimmung zwischen Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr, inzwischen sei die Stimmung positiv und die Zusammenarbeit klappe - so Herr Nestler - hervorragend. Aber darauf möchte ich nicht weiter eingehen - auch wenn es dazu ganz andere, sehr gegensätzliche Aussagen gibt.

Aber wenn wir schon bei Widersprüchlichkeiten sind: In der Vergangenheit war von den politisch Verantwortlichen vor allem seitens der ÖVP immer behauptet worden, dass das Freiwillige Feuerwehrwesen in Graz keine beziehungsweise nur geringe Kosten verursachen würde.

Jetzt, nach eineinhalb Jahren, wäre es an der Zeit, über die Kosten oder Nicht-Kosten Bilanz zu ziehen. War doch erst vor kurzem in den Medien zu lesen, dass die Finanzierung der Freiwilligen Feuerwehr in Graz auf unsicheren Beinen stehe, da angeblich 178.000 Euro benötigt würden. Dazu kommt, dass laut Aussagen des Kommandanten weniger als die Hälfte der Mitglieder über Zusatzqualifikationen und

Ausbildungen in Atemschutz, technische Menschenrettungs- und spezielle Führungskräfteausbildung verfügen, dass also weitere Kosten anfallen werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, uns mitzuteilen, wie hoch die Gesamtkosten – Investitionen, Mittel für den laufenden Betrieb sowie indirekte Kosten über die Inanspruchnahme von Leistungen bzw. Infrastruktur etc. - waren, die die Stadt Graz für die Freiwillige Feuerwehr im Jahr 2009 erbrachte und wie hoch diese Gesamtkosten 2010 sein werden?

#### **5) Wohnbauvorhaben Ilwofgasse**

GRin. **Krampl** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Krampl**: Herr Bürgermeister, bist du bereit, den Gemeinderat darüber zu informieren, ob - trotz vielfacher berechtigter Einwände der Anrainerinnen und Anrainer - am geplanten Sonderwohnbauprogramm Ilwofgasse am Grundstück 479/1, KG Wetzelsdorf festgehalten wird und wenn ja, inwieweit die Einwände der AnrainerInnen Berücksichtigung finden beziehungsweise fanden.

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die geplante Errichtung einer Wohnanlage Ilwofgasse/Dr. Ignaz-Scarpetti-Straße sorgt seit einiger Zeit für erhitzte Gemüter Was sogar dazu geführt hat, dass mittlerweile eine BürgerInneninitiative gegründet wurde – da dieses Bauvorhaben

jede Menge offener Fragen aufwirft. Kritisiert wird unter anderem die mangelnde Verkehrstauglichkeit, da die Zufahrtsstraßen dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen keinesfalls gerecht würden. Ein Umstand, der auch von den BezirkspolitikerInnen bestätigt wird: So sind mittlerweile auch Bezirksvorsteher Zimmermann und die 2. Stellvertreterin Andrea-Michaela Schartel der Bürgerinneninitiative beigetreten.

Wobei die Kritik an der Verkehrssituation nur ein Teilaspekt ist. Auch der Umstand, dass ursprünglich im Flächenwidmungsplan festgelegt gewesen war, dass diese vormals landwirtschaftlich genutzte Fläche zur Ergänzung des bestehenden Kinderspielplatzes in der Grottenhofstraße dienen hätte sollen, sorgt für Unmut unter den AnrainerInnen. Ganz zu schweigen davon, dass inmitten eines Einfamilienhaus-Gebietes ein schmaler Streifen nunmehr dreistöckig verbaut werden soll, nicht gerade für Jubelstimmung sorgt.

Und so kommt es auch nicht von ungefähr, dass VertreterInnen aller politischen Parteien und angeblich sogar die Wohnungsstadträtin mehr oder weniger deutlich auf Distanz zu diesem geplanten Wohnbauvorhaben gehen – mit Ausnahme der ÖVP. Es damit abzutun, die Einfamilienhausbesitzer seien halt grundsätzlich gegen Sozialwohnungen in ihrer Nachbarschaft, das ist schon ein wenig billig und polemisch. Denn die Kehrseite der Medaille ist: Von den AnrainerInnen wurden sachlich fundierte Einwände gegen das Projekt eingebracht – inwieweit diese Einwände überhaupt und in welcher Form Berücksichtigung fanden, ist völlig unklar: Informationen darüber erhielten die betroffenen AnrainerInnen nämlich nicht – dafür macht jetzt das hartnäckige Gerücht die Runde, dass der Baubescheid bereits in Ausarbeitung sei. Ob unter solchen Gesichtspunkten ein Bauvorhaben unter einem guten Stern steht und damit eine Basis für eine gutnachbarschaftliche Beziehungen gelegt wird, wenn AnrainerInnen sich derart überfahren fühlen müssen, wage ich zu bezweifeln.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e :**

Bist du bereit, den Gemeinderat darüber zu informieren, ob - trotz vielfacher berechtigter Einwände – am geplanten Sonderwohnbauprogramm Ilwolgasse am Grundstück 479/1, KG Wetzelsdorf festgehalten wird und wenn ja, inwieweit die Einwände der AnrainerInnen Berücksichtigung finden bzw. fanden.

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **6) Auftragsvergabe nach sozialen Kriterien**

GR. **Herper** stellt folgende Anfrage:

GR. **Herper**: Ob du bereit bist, Herr Bürgermeister, dass auf meinen am 25. Juni des Vorjahres gestellten Antrag endlich reagiert wird, es gab eine Vorgabe von mir, einen diesbezüglichen Informationsbericht dem Gemeinderat bis Oktober 2009 vorzulegen, ob es jetzt möglich ist, einen entsprechenden Zwischenbericht, wie gesagt, vorzulegen, inwieweit in Zukunft endlich auch eine Auftragsvergabe nach sozialen Kriterien im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben für Aufträge beziehungsweise Vergaben aller Wertgrenzen innerhalb der Stadt Graz erfolgen können. Wie gesagt: Geht es aber darum, vielen hundert Grazerinnen und Grazern, die über sozialökonomische Projekte Beschäftigung finden, eine Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und neue Lebensperspektiven zu eröffnen. Danke (*Applaus SPÖ*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

In der Gemeinderatssitzung vom 25. 6. 2010 habe ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den Antrag gestellt, die zuständigen Stellen im Magistrat mögen prüfen, inwiefern eine Auftragsvergabe auch nach sozialen Kriterien im

Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben für Aufträge bzw. Vergaben aller Wertgrenzen innerhalb der Stadt Graz möglich ist und einen diesbezüglichen Informationsbericht dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Oktober 2009 vorlegen.

Hintergrund dieses Antrages: Die Stadt Graz vergibt jährlich Aufträge in Millionenhöhe und zwar in den verschiedensten Bereichen und Größenordnungen: von baulichen Großprojekten bis hin zum Catering bei Veranstaltungen. Die derzeitigen europäischen Vergaberichtlinien und auch das nationale Recht – wie auch die Vergabepaxis der Stadt Graz - stellen im Wesentlichen auf rein betriebswirtschaftliche Kriterien ab. Aufgrund von höheren Personalkosten haben Unternehmen, die im sozialökonomischen Bereich tätig sind, oft nicht einmal ansatzweise die Chance, den Zuschlag bei einer Auftragsvergabe zu bekommen, da letztlich der Kostenpunkt des jeweiligen Anbots das Hauptkriterium bei der Entscheidung ist. Daraus resultiert, dass Betriebe, die zum Beispiel vorwiegend ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigen oder gemeinsam mit dem AMS versuchen, Personen wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, im Gegensatz zu Unternehmen, die sich rein an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren, bei der Auftragsvergabe oft nicht mithalten können.

Allerdings, und das wäre eine Chance für die Stadt Graz, hier Zeichen zu setzen, eröffnen sich auch im Rahmen des bestehenden Vergaberechts Möglichkeiten, Ausschreibungen bzw. Anbotsersuchen auch auf soziale Kriterien abzustellen, wie u.a. in der Definition des Auftragsgegenstandes oder in der Auftragsausführung. Besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise wäre es wichtig, dass sich die Stadt Graz einer über einen rein ökonomischen Standpunkt hinausgehenden Verantwortung bewusst wird und durch die Einführung einer an sozialpolitischen Kriterien geknüpften Auftragsvergabe ein Zeichen setzt.

Soweit mein Antrag vom 25. Juni des Vorjahres, mittlerweile sind acht Monate vergangen – eine Reaktion auf diesen Antrag habe ich aber nicht erhalten. Jetzt mag es schon sein, dass sich diese Koalition durch Initiativen anderer Fraktionen belästigt fühlt und diese daher mit Ignoranz zu strafen versucht – in der konkreten Sache geht es aber darum, vielen hundert Grazerinnen und Grazern, die über solche Projekte

Beschäftigung finden, eine Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und neue Lebensperspektiven zu eröffnen.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist zu veranlassen, dass auf meinen am 25. Juni des Vorjahres gestellten Antrag endlich reagiert und dem Gemeinderat ein entsprechender Zwischenbericht darüber vorgelegt wird, inwieweit in Zukunft endlich auch eine Auftragsvergabe nach sozialen Kriterien im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben für Aufträge bzw. Vergaben aller Wertgrenzen innerhalb der Stadt Graz erfolgen können. Wie gesagt: Es geht aber darum, vielen hundert Grazerinnen und Grazern, die über sozialökonomische Projekte Beschäftigung finden, eine Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und neue Lebensperspektiven zu eröffnen.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **7) Nachmittagsbetreuung in den Sommerferien**

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Anfrage geht es darum, dass Hortkinder in den städtischen Schülerhorten das ganze Jahr betreut werden, Schulkinder in der Nachmittagsbetreuung in den Schulen aber in den Ferienzeiten keine Betreuung finden. Im heurigen Jahr soll es wieder so sein, dass die nachmittagsbetreuten Schulkinder aus den Schulen wieder in die Horte kommen sollen. Ich stelle daher die Anfrage, ob Sie bereit sind, auf die

für das Jugend- und für das Stadtschulamt verantwortlichen Stadtsenatsreferenten einzuwirken, die Überlegung während der Sommerferien die schulische Nachmittagsbetreuung in den städtischen Horten anzubieten, nochmals zu überdenken und speziell mit Schulstadträtin Grabner ein Gespräch zu führen, ob sie nicht doch bereit ist, für die Nachmittagsbetreuung auch im Sommer die Schulen zu öffnen, da die erwähnten Nachteile dieses Vorhabens in keinem Verhältnis zu den erwartenden geringen Kosteneinsparungen stehen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich werde mir auch all die Anregungen aus Ihrem Motivenbericht dann lesen und sie aufnehmen und werde auch mit der Frau Stadträtin die Diskussion führen und Ihnen den Bericht dann geschäftsordnungsgemäß geben.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Nachmittagsbetreuung an Schulen, seinerzeit als Ergänzung zu den Schülerhorten von der damaligen Schul- und Jugendstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl eingeführt, hat sich mittlerweile zu einem gut funktionierenden Zwei-Säulen-Modell entwickelt. Wobei die meisten Eltern sehr bewusst entweder den Hort oder die Nachmittagsbetreuung an der Schule wählen.

Umso unverständlicher ist es, dass in den bevorstehenden Sommerferien die Schulen für die Nachmittagsbetreuung geschlossen werden und - als Ersatz dafür - in städtischen Horten die schulische Nachmittagsbetreuung stattfinden soll. Unverständlich ist dies vor allem aus der Sicht der meisten betroffenen Eltern deshalb, da die Kinder, die 10 Monate die Nachmittagsbetreuung an ihren Schulen besuchen können, für diese zwei Monate aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen werden:

- der Weg in den Hort ist für sie neu; im Gegensatz zum Schulweg, mit dem sie vertraut sind, dessen Gefahrenstellen sie bestens kennen

- auf die ihnen in den Schulen vertraute Infrastruktur für die Nachmittagsbetreuung müssen sie verzichten
- die Freizeitflächen an den Schulen sind andere als in den Schülerhorten
- an den Schulen könnten, etwa bei Schlechtwetter, sogar die Turnsäle im Sommer genützt werden – über derartige Räume verfügen die Horte ja leider nicht.

Mit einem Wort: Vorteile für die Eltern, dass sie ihre Kinder statt in die gewohnte Nachmittagsbetreuung an den Schulen ersatzweise in die Schülerhorte schicken, gibt es keine – ganz im Gegenteil.

Und wirkliche Vorteile für die Stadt im Sinne von Kosteneinsparungen – wiewohl gerade im Bereich der Betreuung von Kindern das Wort „Kosteneinsparung“ eines ist, das ich angesichts der erschreckenden Großzügigkeit, mit der städtisches Geld in anderen Bereichen ausgegeben wird, überhaupt nicht hören will - sind auch nicht zu erkennen. Denn natürlich wird für die Kinder aus der schulischen Nachmittagsbetreuung auch im Hort das gewohnte pädagogische Personal aus den betreuenden Vereinen zur Verfügung gestellt: Das ist nur logisch – alles andere wäre gegenüber den Kindern und Eltern nicht zu vertreten.

Gewaltige Einsparungspotentiale in Bezug auf die Infrastruktur lassen sich auch nicht erkennen: Auf der einen Seite erspart man es sich zwar, ein paar Schulen aufzusperren, hat dort keine Reinigungs-, Instandhaltungs- und Nebenkosten, dafür müssen auf der anderen Seite mehr Horte geöffnet werden, was dort wiederum zu einem Mehr an Reinigung, Instandhaltungs- und Nebenkosten führt.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, auf die für das Jugend- und das Stadtschulamt verantwortlichen Stadtsenatsreferenten einzuwirken, die Überlegung, während der Sommerferien die schulische Nachmittagsbetreuung in den städtischen Horten anzubieten, nochmals zu überdenken und speziell mit Schulstadträtin Grabner ein Gespräch zu führen, ob

sie nicht doch bereit ist, für die Nachmittagsbetreuung auch im Sommer die Schulen zu öffnen, da die erwähnten Nachteile dieses Vorhabens in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden geringen Kosteneinsparungen stehen.

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **8) Ausbildung von SchülerInnen zu Peers/MediatorInnen**

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich habe voriges Jahr einen Antrag gestellt bezüglich Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Peers und Mediatoren und gleichzeitig gebeten darum, dass dem gemeinderätlichen Bildungs- und Wissenschaftsausschuss ein Bericht vorgelegt wird, und von Ihnen habe ich die Antwort bekommen: Es ist nicht notwendig, einen Bericht vorzulegen, weil das eh alles so super läuft. Ich habe jetzt die Bitte an Sie und die Frage, in welchen Pflichtschulen in Graz wurden wie viele SchülerInnen zu Peers und MediatorInnen ausgebildet und welche Erfahrungen wurden mit diesem Projekt bisher gemacht?

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

In welchen Pflichtschulen in Graz wurden wie viele SchülerInnen zu Peers/MediatorInnen ausgebildet und welche Erfahrungen wurden mit diesem Projekt bisher gemacht?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 9) Aktiv-Card

GR. **Baumann** stellt folgende Anfrage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir haben da herinnen schon öfter über die Aktiv-Card geredet, dringliche Anträge eingebracht, nicht wir allein von unserer Fraktion.

*Zwischenruf StRin. Kahr: Seit zehn Jahren.*

GR. **Baumann**: Seit zehn Jahren, voriges Jahr ein dringlicher Antrag von Thomas Rajakovics auch dazu. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Hat Frau Stadträtin Elke Edlinger mit Ihnen bezüglich der Umsetzung der Aktiv-Card bereits Kontakt aufgenommen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir sprechen schon relativ lang über die Umsetzung einer Aktiv-Card innerhalb der Stadt Graz auch innerhalb des Gemeinderates und auch innerhalb der Stadtregierung. Die Frage stellt sich halt immer wieder, wer diese Aktiv-Card letzten Endes wirklich auch persönlich weiter betreibt, die Fragestellung kommt sehr oft, wer ist dafür zuständig und wer kann das eine oder andere bewegen? Kontakt hat sie aufgenommen, auch in der Stadtregierung haben wir drüber gesprochen, dreimal, glaube ich, sogar.

StRin. **Edlinger**: Das Problem in dem Zusammenhang ist, dass die Zuständigkeit nicht in einem Ressort allein hängen kann. Ich versuche, das Meine zu tun diesbezüglich, wir haben grundsätzlich einen Vorschlag ausgearbeitet, haben auch

schon 2008 hier den Informationsbericht eingebracht. Ich habe es thematisiert in der Stadtregierung, momentan laufen noch immer die Gespräche zwischen Lisa Rücker und mir, weil mein Zugang ist der, es reicht nicht, ein paar Vergünstigungen zu sammeln und an diese Karte zu klammern quasi oder mit dieser Karte möglich zu machen, sondern ich halte es für sinnvoll, dass wir wirklich hier etwas schaffen im Zusammenhang mit Ermäßigungen bei den GVB. Ich habe letzte Woche mit der Lisa gesprochen, dass wir jetzt wieder einen neuen Termin brauchen, weil da sind verschiedene Berechnungen gelaufen, aber was uns auch allen klar sein muss, das was bis jetzt berechnet wurde ist, dass wenn wir uns orientieren am Linzer Modell mit einer Zehn-Euro-Monatskarte für Menschen mit einem Einkommen bis zu 1.000 Euro, dass wir da über zwei Millionen Euro jährlich brauchen dafür, um das finanzieren zu können und die sehe ich im jetzigen Budget einfach nicht, das heißt, wenn hier herinnen eine große breite Zustimmung ist, eine Aktiv-Card umsetzen zu wollen, dann müssen wir uns auch gemeinsam Gedanken machen, wie wir das Geld in dem Umfang auch aufbringen können (*Applaus SPÖ*).

**GR. Rajakovics:** Hoher Gemeinderat, liebe Elke Edlinger! Ich habe da heute genau zugehört, auch wie es um die Integration gegangen ist, und ein Antrag, einen dringlichen, dass man zwei Monate später ein Integrationskonzept auf den Tisch legen soll. Wir haben am 14. Mai des vergangenen Jahres einen dringlichen Antrag gehabt, der mehrheitlich beschlossen wurde mit Stimmen von KPÖ, FPÖ, BZÖ und unserer Fraktion, in dem war ein Auftrag, bis 24. September letzten Jahres einen Zwischenbericht vorzulegen mit ein paar Vorstellungen, wie dieser Aktiv-Pass ausschauen kann. Jetzt denke ich mir, grundsätzlich kann es doch nicht so schwer sein, mit dem Herrn Nebel, mit dem Herrn Wolfgang Messner von der Graz AG, mit Diversen, die in Frage kommen, durchaus auch Unternehmen, die sich daran beteiligen können, mit Wolfgang Pucher von den Vinzi-Läden einmal zusammenzukommen und zusammenzutragen, was grundsätzlich möglich wäre vom Kulturbereich über den Bereich der GVB bis hin zu den Freizeitbetrieben, dass man einmal auf dem Tisch hat, was ist möglich und einen Zwischenbericht zu geben, wie die Aktiv-Card dann ausschaut; ob die dann konkret auf einen Chip kommt, ob die so auf eine Karte hinaufkommt, die schon existiert oder ob es einen eigenen Pass gibt

oder wie immer, ist eine zweite Frage und ob es dann noch zusätzlich einen Mittelbedarf, die auch eingesetzt werden, weil das abgegolten werden muss, das wäre dann eine Sache der Diskussion. Aber jetzt haben wir, ich glaube tatsächlich, dass den Sozialpass, Aktiv-Card, oder wie immer man das dann nennt, alle von uns im Programm auch für die Wahl gehabt haben und es hat einen Auftrag gegeben, dass es da etwas weitergehen soll und dass es einmal einen Bericht gibt. Ich habe jetzt in der Kleinen Zeitung gelesen, dass zumindest, vielleicht auch nur verkürzt dargestellt, gelesen habe ich, dass da leider nichts weitergeht, weil es kein Geld dafür gibt. Also am Geld allein kann es erst scheitern, wenn wir wissen, was das überhaupt soll und wie es wird und mit wem du schon alles geredet hast, und nachdem ich merke, dass relativ lange Zeit verstrichen ist, seit eigentlich dieser Bericht sein sollte, nämlich seit sechs Monaten, habe ich mir gedacht, damit eine Aktiv-Card einmal vielleicht auch für dein Büro an der Pinwand hängen kann, habe ich mir erlaubt, so eine kleine Aktiv-Card vorzubereiten für Sozialstadträtinnen, damit aus der Passiv- eine Aktiv-Card wird. Ich darf Sie dir überreichen.

StRin. **Edlinger**: Tatsache ist, ich nehme Beschlüsse vom Gemeinderat ernst. Wir haben hier herinnen schon 2008 beschlossen, dass eine ämterübergreifende Projektgruppe eingesetzt werden soll. Ich habe dann in der Stadtregierung nachgefragt, was ist mit dieser ämterübergreifenden Projektgruppe und habe die Antwort bekommen, wir haben bereits jetzt 40 Projektgruppen laufen, ich sehe es nicht ein, also wir haben einfach nicht die Arbeitskapazitäten, um jetzt noch ein Projekt im Sinne des Projektmanagements, wie es eben in der Stadt Graz abgewickelt wird, auf die Schienen zu stellen. Das habe ich zu akzeptieren, wenn mir das der Bürgermeister in der Stadtregierungsitzung zur Antwort gibt. Ich bin dann hergegangen, das war im März 2009 die Antwort in der Stadtregierungsitzung, ich bin dann hergegangen und habe mit meinem Amt einen Vorschlag entwickelt und den habe ich genau fristgerecht, weil du jetzt vom Herbst 2009 als Frist gesagt hast, in die Stadtregierung eingebracht und gebeten, machen wir das bitte zu einem Tagesordnungspunkt, habe das dort vorgestellt und seitdem sind natürlich die Gespräche genau auch mit den GVB, mit den Verkehrsbetrieben etc. gelaufen, weil es ja darum geht, auf dem Tisch zu haben, wie viel würde es kosten, wenn wir das im

Herbst 2009 in der Stadtregerung vorgestellte Modell umsetzen wollen. Nur Tatsache ist, es reicht eben nicht, wenn wir uns da einig sind und sagen, wir wollen das haben, reicht halt noch nicht, wenn wir nicht auch den zweiten Schritt gehen und wirklich auch das Geld aufstellen, um das umsetzen zu können (*Applaus SPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

hat Frau Stadträtin Elke Edlinger mit Ihnen bezüglich der Umsetzung der Aktiv-Card bereits Kontakt aufgenommen?

**10) Maßnahmen gegen die Verunstaltung der Murpromenade durch Abfälle und Hundekot**

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Vorigen Sommer war ich mit meinen zwei Enkeln, drei und sechs Jahre, an der Murpromenade spazieren. Stress pur. Kinder wollen Steckerl und Steinderln sammeln und in die Mur schmeißen. Wenn du permanent sagen musst, passt auf, ein Hundhaufen, greife nicht hin, Herr Bürgermeister, nehmen Sie den Maxi an der Hand, gehen Sie mit ihm spazieren. Sie werden sehen, dann tun wir Meinung austauschen. Dienstag war ich wieder spazieren, Nachmittag, ich wollte eine Stunde Zeit nehmen. Nach einer halben Stunde habe ich umgedreht, mir hat es gegraust. Ich ging entlang einer Müllhalde, rechts und links der Weg gesäumt von Hundshaufen, ihr könnt euch das nicht vorstellen. Ich bin heimgegangen. Ich denke, was werden sich die Touristen denken, wenn die dort auf der wunderschönen Grazer Promenade spazieren gehen. Das kann es doch nicht sein. Da liegt der Dreck noch vom vorigen Jahr, hat man den Eindruck. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, das kann es nicht sein. Ich denke mir, da muss man Maßnahmen ergreifen. In erster Linie denke ich mir, man muss die Ressourcen bei den Wirtschaftsbetrieben finanziell, personell aufstocken, das muss ständig, täglich, ich weiß nicht wie oft

durchgegangen werden, gereinigt werden, es gibt auch keine Ordnungswache, die hinten nachschaut, wer von seinem Hundsviecherl die Sachen wegräumt und einpackt und mitnimmt. Da fehlt ja auch die Kontrolle, sie gehen frühmorgens, da ist noch keine Ordnungswache unterwegs, sie gehen spätabends, ist keine Ordnungswache unterwegs, da können wir natürlich im Finstern alles liegen- und stehenlassen und hinüberschmeißen. Nächsten Tag gehen die Leute wieder, die sehen dasselbe wieder und das hat mich eigentlich wirklich veranlasst, ich weiß, es ist keine tolle Geschichte, aber ich habe mich so geärgert und mir hat es wirklich geirrt, ich bin wieder heimgegangen. Ich stelle die Anfrage: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich meine, ich denke auch an drastische Maßnahmen, ich denke zum Beispiel, wenn das Ganze nichts hilft das Putzen und Reinigen, dass man nächtlich die Promenade sperrt, aber ich will noch nicht so weit gehen, ich will es vielleicht mit anderen Maßnahmen vorher probieren. Die Anfrage, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu beauftragen, geeignete Maßnahmen gegen die Verunstaltung der Murpromenade durch Abfälle und Hundekot zu treffen? Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also das mit dem Sperren möchte ich nicht, ich laufe zwei- bis dreimal die Woche an der Murpromenade auch unten, und ganz so drastisch habe ich jetzt nicht immer erlebt, aber es ist natürlich...

**Zwischenruf GRin. Schloffer unverständlich.**

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bin noch nicht im Dreisprung unterwegs gewesen, aber selbstverständlich weiß ich auch, dass das ein Thema ist und dass wir auch wieder verstärkt unser Augenmerk darauf richten müssen, was dort in Summe an Verunreinigungen da ist. Ich glaube, das Sperren macht keinen Sinn. Die Hunde sind auch tagsüber unterwegs, aber wir werden auch den Herrn Dr. Egger und seine

Mannschaft wieder ersuchen, die Reinigungsintervalle auch auf der Murpromenade wieder zu verbessern. Es ist halt ein Platzlerl, wo man nicht so eingesehen wird und da wird vielleicht so mancher wieder aufs Sackerl vergessen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Murpromenade macht in diesen Tagen den Eindruck einer Müllhalde und eines Sammelplatzes für Hundshäufel.

Am vergangenen Dienstag machte ich einen Spaziergang auf der Murpromenade. Mit ordentlichem Schuhwerk gerüstet machte ich mich auf den Weg, denn es gibt ja um diese Jahreszeit wetterbedingt sehr viele Pfützen und Gatsch. Doch ich bekam auch sonst noch einiges zu sehen: Dosen, Flaschen, Plastik und Papier, die zum Teil schon seit dem vorigen Jahr hier liegen, „zierten“ den Gehweg.

Was mich aber ganz besonders zu dieser Anfrage bewogen hat, waren die rechts und links der Promenade in großem Umfang vorhandenen „Tretminen“, die sogenannten Hundshäufel.

All diese Umstände haben dazu geführt, dass ich nach einer halben Stunde den Spaziergang entlang der Mur abbrechen musste. Mir hat es einfach geirrt!

Ich erinnere mich auch an einen Spaziergang mit meinen 3- und 6-jährigen Enkelkinder im vergangenen Sommer. Den ganzen Weg entlang musste ich aufpassen wie ein Haftelmacher und unentwegt rufen: „Pass auf, ein Hundehaufen!“. Der Ausflug mit den Kleinen war Stress pur, und ich sagte mir damals: So bald nicht wieder!

Und was werden sich die Touristen beim Promenieren denken?

Trotz der Sackerlautomaten, die eigens dazu installiert wurden, um den Hundehaltern die Entsorgung der Hundstrümpel zu erleichtern, zu der sie ja verpflichtet sind, lassen zahlreiche Hundebesitzer den Dreck ihrer vierbeinigen Lieblinge einfach liegen. Es ist ja allgemein bekannt, dass Hunde frühmorgens und spätabends ausgeführt werden, wo sie weitgehend unbeobachtet bleiben, weil kaum ein offizielles oder privates Wachorgan an der Promenade unterwegs ist.

Diese Misere muss dringend entschärft werden. Um die Disziplin der Hundehalter zu erhöhen, sollten vorerst Maßnahmen wie eine Werbe-Offensive für die

Rücksichtnahme auf andere und ein verstärkter Mitteleinsatz der Wirtschaftsbetriebe angedacht werden.

Sollten diese Maßnahmen jedoch ins Leere gehen, wären durchaus drastischere Maßnahmen, wie etwa eine komplette nächtliche Sperre der Murpromenade (im Sommer etwa zwischen 22 und 8 Uhr) zu überlegen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu beauftragen, geeignete Maßnahmen gegen die Verunstaltung der Murpromenade durch Abfälle und Hundekot zu treffen?

#### **11) Palmenhaus**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage bezieht sich insbesondere auf die Beschilderung der Pflanzen in lateinischer Sprache, die vor allem für ein fachkundiges Publikum mehr geeignet ist. Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Anfrage: Sind Sie bereit, an die verantwortlichen Stellen heranzutreten und anzuregen, dass die Beschilderung im Palmenhaus durch leicht verständliche Informationen ergänzt und damit die Pflanzenwelt einer breiteren Öffentlichkeit zugänglicher gemacht wird (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, wird nicht geschäftsordnungsgemäß erledigt, wir werden der Universität ein Brieflein schreiben.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Das alte Palmenhaus aus dem frühen 20. Jahrhundert ist sowohl aus historischer als auch natürlich aus botanischer Sicht eine interessante Einrichtung in Graz, die für die gesamte Öffentlichkeit zugänglich ist. Es werden vier Klimazonen simuliert und dementsprechend kann man die Pflanzen in ihrem natürlichen Lebensraum sichtbar machen. Leider ist jedoch die Beschilderung der Pflanzen eher für ein fachkundiges Publikum gedacht, da die lateinische Beschriftung nicht für alle einen Informationswert hat. Diese Vorgangsweise ist zwar nachvollziehbar, da vor allem Biologiestudierende das Gewächshaus zu Lernzwecken nutzen, aber wünschenswert wäre doch, dass man den Lerneffekt für alle BesucherInnen insofern erweitert, dass die Beschilderungen durch leicht verständliche Beschriftungen ergänzt werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, an die verantwortlichen Stellen heranzutreten und anzuregen, dass die Beschilderung im Palmenhaus durch leicht verständliche Informationen ergänzt und damit die Pflanzenwelt einer breiteren Öffentlichkeit zugänglicher gemacht wird?

**12) Städtefreundschaften**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Von mir eine Bitte, die globale Welt etwas kleiner zu machen, und zwar es geht um die vielen Städtefreundschaften von Graz. Ich glaube, dass es in letzter Zeit etwas still geworden ist, deswegen meine Anfrage: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ob du

bereit bist, die Städtefreundschaften neu zu beleben, wobei ich aus Entfernungsgründen insbesondere an die Stadt Triest denke. Als Beispiel zähle ich nur Triesttage in Graz und Graztage in Triest, weitere Symposien zur jeweiligen historischen Entwicklungen der Partnerstädte, Operaustausch, wechselseitige Dichterlesungen und eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt in Triest auf. Umso mehr, als Dr. Gerhard Dienes, ein Triestfachmann, sicherlich gerne dieses Projekt hilfreich unterstützen würde.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich kenne dich ja auch als jemanden, der immer mit dabei ist, wenn wir Besuch bekommen, sei es die Botschafterinnen und Botschafter, bin dir auch dankbar dafür, weil es, glaube ich, immer wichtig ist, unsere Gäste und unsere Partner aus den Partnerstädten hier gebührend zu empfangen. Was Triest anbelangt, haben wir die Stadt Triest erst vor kurzem eingeladen, dabei zu sein bei der transnationalen Tagung, die hier stattgefunden hat zum Thema der Integration.

Wir laden oft ein, das will ich damit sagen, aber wir bekommen nicht aus Städten immer wieder gleich Antworten oder auch Besuch. Wir werden das natürlich weiter forcieren, die Triestiner und auch andere Italiener waren erst vergangene Woche auch wieder bei der Frau Stadträtin Grabner, also wir versuchen schon, mit unseren Partnerstädten in engem Kontakt zu sein. Manchmal hängt das aber auch sehr von Bürgermeisterin oder Bürgermeister ab. Wir haben zum Beispiel jetzt einige Partnerstädte in letzter Zeit so oft angeschrieben, dass wir schon müde geworden sind, weil fast keine Antworten kommen, aber wir werden deine Bemühungen damit unterstützen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Graz kann eine umfangreiche Anzahl von Städtefreundschaften aufweisen. Ich habe den Eindruck, dass es in letzter Zeit relativ still um diesen Bestandteil der globalen Welt wurde.

Dies mag auch daran liegen, dass trotz Globalisierung die Entfernung und die damit verbundenen Kosten dennoch eine Rolle spielen.

Unter den aktuellen Städtefreundschaften sticht eine Freundschaft besonders hervor, die nach meiner Ansicht einen besonderen Stellenwert hat. Es handelt sich hierbei um die Städtefreundschaft mit Triest. Dies liegt sicherlich an der Besonderheit der Stadt Triest, die seinerzeit neben Wien und Graz einen Schwerpunkt in der Donaumonarchie gebildet hat.

Gerade diese Achse hat große historische Bedeutung, der sich auch viele Grazerinnen und Grazer gerne bewusst sind. Nicht ohne Grund sind Graz bzw. Triest beliebte Reiseziele der jeweiligen „Kontrahenten“.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e :**

Bist du bereit, die Städtefreundschaften neu zu beleben, wobei ich aus Entfernungsgründen vordergründig an die Stadt Triest denke. Als Beispiel zähle ich nur Triesttage in Graz und Graztage in Triest, weitere Symposien zur jeweiligen historischen Entwicklungen der Partnerstädte, Operaustausch, wechselseitige Dichterlesungen und eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt in Triest auf. In diesem Zusammenhang verweise ich auf Dr. Gerhard Dienes, einen Triestfachmann, der dieses Projekt sicherlich gerne hilfreich unterstützen würde.

### **13) Kostenlose Fernwärmeanschlüsse**

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In den Zeitungen liest man in letzter Zeit hin und wieder, dass Sie angeblich persönlich gesagt haben, dass es kostenlose

Fernwärmeanschlüsse geben sollte. Offizielle Stellungnahmen dazu sind bis jetzt ausgeblieben, deshalb meine Anfrage an Sie: Trifft es zu, dass eine Erweiterung des Fernwärmenetzes in Graz geplant ist und hierbei auch kostenlose Anschlüsse in Erwägung gezogen werden? Welcher Personenkreis dürfte in diesem Fall mit einem kostenlosen Anschluss rechnen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also zuerst einmal ein klares Ja, wir müssen als Landeshauptstadt Graz unseren Fernwärmebereich ausbauen, wir sind unter den Landeshauptstädten leider Schlusslicht, wenn es um die Versorgung mit Fernwärme geht. Etwas was mich seit vielen Jahren schon ärgert ist, dass wir in unserer Vertriebspolitik auch bei der Energie Graz relativ hohe Anschlusskosten immer vorgeschrieben haben. Das hat sich in letzter Zeit, ich habe zwei Beispiele auf meinem Tisch gehabt, einmal bei einem Anschluss Kosten von über 13.000 Euro und bei einem Hausanschluss sogar Kosten von über 22.000 Euro, dass hier die meisten Hausbesitzer dankend abwinken und sagen, nein, dann steige ich wieder auf andere Heizmethoden um oder es kommt für mich gar nicht in Frage, ist für mich fast selbstverständlich, und deswegen habe ich auch einmal angemerkt, dass es heute wichtig wäre, ein neues Vertriebssystem anzudenken. Den Auftrag haben wir auch in der Graz AG erteilt beziehungsweise die Energie Graz ist auch gerade am Rechnen. Für mich waren immer die Mobilfunkbetreiber da ein bisschen Vorbild, die nämlich den Zugang zum Kunden möglichst günstig gemacht haben, sprich das Handy war fast kostenlos und dafür bist du dann aber Kunde. Wir haben jetzt, wie gesagt, es laufen jetzt Berechnungen und wir wollen einfach ein anderes Vertriebssystem haben, da gibt es unterschiedliche interessante Modelle, die europaweit schon auch funktionieren, nämlich es geht ja dann noch ein bisschen tiefer in die Problematik hinein. Wenn heute jemand Hausbesitzer ist und er hat dort 20 Mieter drinnen, dann sagt er auch, warum soll ich was investieren, das kann ich in der Form nicht auf die Mieter umwälzen, auch da gibt es die Möglichkeit zu sagen, ein solcher Anschluss kann bis zur Kostenlosigkeit hinführen und du hast dann die Möglichkeit, über die Jahre einen Euro pro Monat etc. dort aufzuschlagen, weil dann ist es auch nur gerechtfertigt, weil wenn meine Mieter nach fünf Jahren wieder auszieht, dann hat er halt fünf Jahre diesen Kostenanteil mitfinanziert. Also da wird jetzt einmal gerechnet. Ich glaube,

dass das eine notwendige Maßnahme ist, um künftig auch in der Problematik des Feinstaubes einen ordentlichen Schritt weiterzukommen und ich träume ein bisschen davon, dass man einmal so weit sind, auch kostenlose Fernwärmeanschlüsse anbieten zu können, dann möglichst auch für jene, die sozial bedürftig sind. Ich erinnere daran, dass die derzeitige Fernwärmeversorgung über eine Leitung passiert, durch die das Land Steiermark pro Jahr doch einige Millionen Euro verdient, und deswegen sind da auch meine Bemühungen einmal da, gemeinsam auch mit der Frau Vizebürgermeisterin zu sagen, wie viel Fernwärme wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch bei unserem städtischen Wachstum gebraucht, wo könnte diese Fernwärme herkommen? Wir haben auch vorgesorgt, dass man einmal, obwohl noch keine Entscheidung gefallen ist, geplant haben, eine zweite Fernwärmeleitung in Graz anzudenken und auch eingereicht, dass man bei dem neuen Gesetz, das es in Österreich gibt, vielleicht auch zu einer 50-%-igen Förderung kommt. Da sind wir de facto zeitlich immer mit dabei, das könnte uns auch helfen, dass wir hinkünftig auch auf diesem Transportweg Gelder verdienen, die wir dann einsetzen können, damit es Menschen, die in der Stadt wohnen, dass wir ihnen quasi eine günstigere Stube zur Verfügung stellen können als wir das jetzt tun. Jetzt im Moment sind wir quasi nur Verteiler dessen, was schon nach Graz kommt und ich denke mir, dass das auch ein regionales Projekt werden könnte, weil ja gerade die Randbezirke von Graz, aber auch die Umgebungsbezirke von Graz, sehr oft mit dem Ein- und Zweifamilienhaus keine Fernwärmeanschlüsse bisher haben, vielleicht schaffen wir da auch etwas, aber das sind Gespräche, die wir auch nächste Woche wieder in der Regierung führen werden.

StRin. **Kahr:** In dem Zusammenhang könnte man vielleicht auch in der Regierung, wenn wir schon zu dem Kapitel reden, was die Subjektförderung derzeit betrifft bei Förderung des Umweltamtes, Fernwärme zum Schluss und auch für Mieter und Mieterinnen, die Gasanschlüsse vorfinden, da gibt es ja derzeit eine hundertprozentige Förderung, die hat es bisher immer gegeben für Fernwärmeanschlüsse nach wie vor, und das Problem ist, die Frau Vizebürgermeisterin weiß das, dass die Fördersumme für den Einbau für Gas-Etagenheizungen nicht ausreicht, weil dort ein Nachadaptierung gerade erfolgen hat

müssen, das ist eine technische Sache, die notwendig geworden ist, das ist im letzten Jahr erfolgt und da bleiben jetzt jenen Mietern, die geringe Einkommen haben, also Mindestpensionisten zum Beispiel, Restkosten zwischen 1.500 und 2.500 Euro, also wir haben jetzt ganz konkret drei Fälle, die angesucht haben um diese Förderung im Glauben, dass das zu 100 % gefördert wird, aber diese Restkosten geblieben sind und da muss man eine Lösung finden jetzt konkret in diesen drei Fällen, aber auch künftig, wie man da umgeht, weil sonst einfach dieser gute Ansatz, der über Jahre hindurch eigentlich sehr gut praktiziert worden ist, eigentlich dann fehlinvestiert ist, weil auch diese Restfinanzierung sich die Mieter nicht leisten können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das Thema der Wärmeversorgung ist natürlich ein unheimlich komplexes und ich denke mir, dass wir da auch ohne unsere Energieunternehmungen gar keinen Schritt weiterkommen, das heißt, es gehört ein kompletter Plan her, aber allein die Feinstaubproblematik ist so, dass wir sagen, was können wir einsparen überhaupt an Energien, zweitens wie können wir Versorgungssicherheit möglichst gewähren, also das sind alles ganz, ganz wichtige Themen und das Dritte ist dann, für welche Formen von Wärmeversorgung entscheiden wir uns überhaupt und wie gesagt, in Graz ist die Gasversorgung auch pro Haus eine relativ große, ich denke mir, dass wir da aber einmal schauen sollten, wie andere Städte unterwegs sind, wir haben dann noch die Möglichkeit von Fotovoltaik und, und, und da müssen wir auch zu einem fertigen Programm kommen und das wird im heurigen Jahr auch sicherlich noch passieren.

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Aktuellen Medienberichten war wiederholt zu entnehmen, dass es seitens der Stadt Graz Bestrebungen gäbe, die Anschlussquote an das Fernwärmenetz durch das Angebot von Gratisanschlüssen zu erhöhen. Mit einer derartigen Maßnahme könnte auch der Feinstaubproblematik sinnvoll begegnet werden. Allerdings blieben verbindliche, offizielle Stellungnahmen seitens der Stadt Graz bislang aus.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

### **A n f r a g e :**

Trifft es zu, dass im Sinne obigen Berichtes eine Erweiterung des Fernwärmenetzes in Graz geplant ist und hierbei auch kostenlose Anschlüsse in Erwägung gezogen werden? Welcher Personenkreis dürfte in diesem Fall mit einem kostenlosen Anschluss rechnen?

#### **14) Dauer der Beantwortung von Gemeinderatsinitiativen**

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: In meiner zweiten Anfrage geht es um die Dauer der Beantwortung von Gemeinderatsinitiativen. Wir haben heute ja schon öfter darüber gesprochen. In der aktuellen Gemeinderatsperiode fällt die überdurchschnittlich lange Wartezeit für die Beantwortung von Gemeinderatsinitiativen besonders auf. Zahlreichen Initiativen liegen unabhängig von ihrer inhaltlichen Qualität oder Relevanz, Anregungen, Beschwerden und Problemen von Bürgern dieser Stadt zugrunde. Diese verdienen daher eine zügige inhaltliche Abwicklung. Meine Anfrage an Sie ist: Wie beurteilen Sie den geschilderten Sachverhalt und welche Maßnahmen sind Ihrerseits zur Verbesserung dieses Problems angedacht?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben, wie gesagt, immer wieder Diskussionen darüber. Wir haben ja auch gedacht, dass wir durch unsere Neuregelung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat vielleicht ein bisschen herunterkommen von den vielen Anfragen, Anträgen und Dringlichen, bei den Dringlichen haben wir uns selbst jetzt ein bisschen reguliert, bei den anderen ist es eher mehr geworden. Ich bin natürlich auch bei der Beantwortung abhängig davon, ob mir die Fachämter und

Stadtsenatskollegen auch die Antworten übermitteln. Und ich sage ganz bewusst, die habe auch nicht immer alle, ich bin dann derjenige, der das natürlich zu urgieren hat, der Herr Polz und die Abteilung tun das, wir machen da immer wieder Druck, sind sehr bemüht, dass wir das auch zeitgerecht immer wieder schaffen, das ist vielleicht eine noch nicht ganz zufriedenstellende Antwort. Wir werden noch mehr Druck machen, dass Sie es möglichst auch zeitgerecht wieder vor den Sitzungen haben.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In der aktuellen Gemeinderatsperiode fällt die überdurchschnittlich lange Wartezeit für die Beantwortung von Gemeinderatsinitiativen besonders auf. Zahlreichen Initiativen liegen – unabhängig von ihrer inhaltlichen Qualität oder Relevanz – Anregungen, Beschwerden und Probleme von Bürgern zu Grunde. Diese verdienen daher eine zügige inhaltliche Abwicklung.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, im Zuge meiner Anfrage auf den Umstand hinzuweisen, dass ich im gegenständlichen Fall weder die Ämter in ihrer Gesamtheit, noch einzelne Mitarbeiter kritisieren möchte. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass die Mitarbeiter der Stadt Graz im Rahmen der personellen Möglichkeiten sogar großartige Arbeit leisten. Anders verhält sich jedoch meine Einschätzung der verantwortlichen Politiker.

Gegenständliches Beispiel legt nur zu deutlich dar, dass die aktuellen Einsparungen beim Personal durch unsere Rathauskoalition letztendlich doch zu Lasten des Bürgers gehen. Anfragen, Anträge und andere Initiativen warten - entgegen der Bestimmung unserer Geschäftsordnung - zu lange auf ihre Erledigung.

Selbst wenn zugegeben werden muss, dass eine Fülle der Gemeinderatsinitiativen in erster Linie dazu geeignet ist, Magistratsmitarbeiter von wesentlichen Aufgaben abzuhalten, so sollte doch in Erwägung gezogen werden, dass die einbringenden Gemeinderäte den Wähler repräsentieren und sie somit den Bürger darstellen, den die Politik überdimensional lange auf die Beantwortung seiner Anliegen warten lässt. Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

## **A n f r a g e :**

Wie beurteilen Sie den oben skizzierten Sachverhalt und welche Maßnahmen sind Ihrerseits zur Verbesserung dieses Problems angedacht?

### **15) Kosten der Taxifahrten der Stadtsenatsmitglieder**

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Eine Anfrage, wie ich annehme für die geschäftsordnungsmäßige Erledigung. Meine Frage ist: Wie hoch waren die Kosten für Taxifahrten und Taxi-Gutscheine der Stadtsenatsmitglieder in den Jahren 2008/2009 auf die einzelnen Referenten verteilt und bitte um Beantwortung in dieser Periode. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, kannst gleich eine Antwort haben. Bei mir persönlich im Jahr 2008 und 2009 exakt null Euro, die anderen werden ich geschäftsordnungsgemäß erledigen.

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Wie hoch waren die Kosten für Taxifahrten und Taxi-Gutscheine der Stadtsenatsmitglieder in den Jahren 2008 und 2009 auf die einzelnen Stadtsenatsreferenten verteilt?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***